

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 15. Dezember 1962

Blatt 2807

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Beleuchtung, Friedhöfe, Verkehr und Forste =====

15. Dezember (RK) Am siebenten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Lakowitsch (ÖVP). Er führte aus:

"Im Zusammenhang mit der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1963 darf ich dem Wiener Gemeinderat einen kurzen Überblick über die im Jahre 1962 erbrachten Leistungen der einzelnen zu dieser Gruppe gehörenden Magistratsabteilungen und eine Vorschau auf die im Jahre 1963 beabsichtigten Arbeiten geben. Wenn ich mich dabei im wesentlichen nur auf jene Magistratsabteilungen beschränke, deren Tätigkeit sich unmittelbar auf die Bevölkerung auswirkt, so soll das nicht so verstanden werden, daß die Leistungen der anderen Abteilungen von geringerer Bedeutung oder weniger umfangreich wären.

Stadtpläne in eigener Regie

Bei der Magistratsabteilung 20 ist der Bedarf an Plänen und Karten in Zusammenarbeit mit der Stadtvermessung enorm gestiegen. Für 1963 ist die Inbetriebnahme einer Offset-Andruckpresse in Aussicht genommen, sodaß künftig die neue Stadtkarte und andere Pläne in der eigenen Anlage hergestellt werden können.

./.

Immer mehr Licht

Das Arbeitsgebiet der M.Abt. 33, öffentliche Beleuchtung, findet in der Öffentlichkeit größte Beachtung. Das Jahr 1962 war für diese Abteilung das bisher anstrengendste. Viele Straßen-, Brücken- und Parkbauten machten zahlreiche Um- und Neubauten der Beleuchtung notwendig, die Beleuchtung vieler wichtiger Verkehrsstraßen wurde wesentlich verbessert, im Mai 1962 konnte die 100.000. Wiener Straßenlampe feierlich in Betrieb genommen werden, die neue Beleuchtung der Ringstraße und die Elektrifizierung der gesamten Wiener Gasbeleuchtung konnten heuer beendet werden. Durch diese Arbeiten wurde die Straßenbeleuchtung in Wien um 10.340 Lampen vermehrt.

Die Errichtung neuer Wohnviertel und die Schaffung neuer umfangreicher Verkehrsbauten haben zahlreiche Neubauten von Straßenbeleuchtungsanlagen notwendig gemacht. Die vielen Bauten und die stürmische Verkehrsentwicklung haben aber auch in allen Teilen Wiens wieder zahlreiche und umfangreiche Umbauten von Straßenbeleuchtungsanlagen erzwungen.

Im Zuge des Vier-Jahres-Programmes ist heuer das letzte Viertel der noch bestehenden Gaslaternen, das sind rund 900 Stück, elektrifiziert worden.

Damit sind die Gaslaternen aus Wien endgültig verschwunden. Für die Wiener Straßenbeleuchtung ist damit eine bemerkenswerte technische Epoche zu Ende gegangen, die immerhin 123 Jahre, von 1839 bis 1962, gedauert hat, die Epoche der Gasbeleuchtung. Sie hat 1913 mit mehr als 45.000 Gaskandelabern ihren Höhepunkt erreicht, ist nach dem 1. Weltkrieg fortschreitend durch das elektrische Licht verdrängt worden, nach dem 2. Weltkrieg haben maximal nur mehr rund 5.500 Gaskandelaber in den Wiener Straßen geleuchtet, und die sind jetzt auch verschwunden. Die Gasbeleuchtung ist in lichttechnischer und in wirtschaftlicher Beziehung gegenüber den neuen Leuchtmitteln, vor allem den Gasentladungslampen, von Jahr zu Jahr ungünstiger geworden.

Die gewohnte und vertraute Form der Gaslaterne ist in den verkehrsarmen Altstadtwinkeln der Stadt, wie in Alt-Nußdorf, Alt-Heiligenstadt, Alt-Sievering, Neustift, Alt-Hetzendorf, Oberst. Veit, Minoritenplatz, in den Gehalleen der Ringstraße usw. jedoch erhalten geblieben. In diesen Gebieten stehen rund 500 elektrifizierte alte Gaskandelaber auch weiterhin im Dienste der Wiener Straßenbeleuchtung.

Durch die beschleunigte Elektrifizierung der Gasbeleuchtung in den letzten Jahren haben die Außengebiete der Stadt vielfach eine bessere Beleuchtung erhalten, als die dichtverbauten Innenbezirke. In den nächsten Jahren muß daher die Verbesserung der vielfach schon unzulänglichen und veralteten Glühlampenbeleuchtung in den verkehrswichtigeren Straßen der Innenbezirke vorangetrieben werden. Im bescheidenen Ausmaß ist damit bereits im 6., 7. und 8. Bezirk begonnen worden. Es wird sich nicht vermeiden lassen, ab 1964 mit einem finanziell und personell separat dotierten Mehrjahresprogramm dieser im Hinblick auf die Verkehrsentwicklung unaufschiebbaren Notwendigkeit gerecht zu werden.

Ansonsten wird sich das Straßenbeleuchtungsprogramm eng an das Straßenbauprogramm, an das Wohnungsbauprogramm und an das Gartenbauprogramm 1963 anschließen müssen.

Die Durchfahrt bei der Hietzinger Brücke, die Passage bei der Operngasse werden neu beleuchtet werden müssen. Bei der Südautobahn werden größere Arbeiten anfallen und ebenso im Liesinger Industriegebiet, bei der neuen Altmannsdorfer Straße im 23. Bezirk und im neuen Aupark im 21. Bezirk.

Baupolizei

Bedungen durch die starke Bautätigkeit in unserer Stadt werden die Abteilungen der Baupolizei nach wie vor bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgelastet.

Die Maßnahmen gegen das "Wilde Bauen" verdienen besondere Beachtung. Durch die an Samstagen in den Randbezirken durchgeführten Überwachungsfahrten hat sich schon eine Steigerung der Baueinstellungen um 66 Prozent ergeben. Darüber hinaus wurden als wirksame Mittel zur Eindämmung des wilden Bauens in 13 Fällen Baumaterialien beschlagnahmt. Damit jedoch die Maßnahmen zu einem

tatsächlichen Erfolg führen, müßte daran geschritten werden, die seit Jahren immer wieder beantragte Vollstreckung der Abtragungsaufträge auch durchzuführen. Bei dem bestehenden Mangel an technischem Personal kann durch die bloße Beschlagnahme des Baumaterials in einigen Fällen das wilde Bauen nicht unterbunden werden. Durch raschestes Eingreifen muß den unbefugten Bauenden deutlich vor Augen geführt werden, daß auch eine schnelle Fertigstellung eines nicht genehmigten Bauvorhabens dessen Abtragung nicht verhindert.

Der Wiener Gemeinderat hat erst vor kurzer Zeit einen Beschluß zur Sanierung des sogenannten Biberhaufens gefaßt. Diese Maßnahme wird aber nur dann sinnvoll sein, wenn auch mit aller Energie ihre Durchführung erfolgt. Wenn dem nicht so wäre, dann würden sich in kurzer Zeit alle Mühen und Aufwendungen als zwecklos erweisen. Die Weiterführung der Aktion zur Unterbindung des wilden Bauens im Frühjahr 1963 ist im verstärkten Ausmaß beabsichtigt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht verabsäumen, von dieser Stelle aus das Ersuchen zu stellen, diese so notwendigen Maßnahmen nicht durch Interventionen zu verhindern.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß vor einiger Zeit durch die Tageszeitungen eine Artikelserie gegangen ist, die sich mit der Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels befaßt hat und in der die Meinung vertreten wurde, daß ein neuerliches Gesetz zu diesem Zwecke notwendig wäre.

Ich kann diese Ansicht nicht teilen. Alle den Wald- und Wiesengürtel und dessen Schutz betreffenden Bestimmungen in der jetzigen Fassung der Bauordnung für die Stadt Wien reichen vollkommen aus. Entscheidend ist, daß man sie rigoros handhabt und daß man nicht durch Umwidmung selbst der geringsten Fläche den Wald- und Wiesengürtel in seinem jetzigen Ausmaß verkleinert. Es ist vielmehr zu untersuchen, ob es nicht noch Flächen gibt, die als heute nicht zum Wald- und Wiesengürtel gehörig, durch Umwidmung diesem einverleibt werden sollten.

Friedhöfe

Der Voranschlag für die Verwaltung der städtischen Friedhöfe weist Einnahmen von 67,180.000 Schilling und Ausgaben von 67,200.000 Schilling auf, sodaß sich ein Gebarungsabgang von 20.000 Schilling ergibt. So begrüßenswert eine solche Gebarung ist, so führt sie doch dazu, daß die grundsätzlichen Probleme dieser Magistratsabteilung auch im kommenden Jahr keine Lösung finden werden. Denn der geringe Gebarungsabgang ist nur dadurch zu erklären, daß eine Reihe von notwendigen Aufgaben nicht gelöst werden kann. Leider ist es auch in diesem Jahr nicht gelungen, in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung ein Konzept zu erstellen, das sich auf mehrere Jahre erstrecken müßte, um alle aufgetauchten Probleme, insbesondere auch den Raumbedarf, zu klären.

Auch in dieser Abteilung macht sich der Personalmangel besonders empfindlich bemerkbar. Die Schuld daran trägt hier nicht der Dienstpostenplan, sondern es ist einfach unmöglich, die nötige Zahl von Arbeitskräften für das Gräberöffnen, aber auch für die Städtische Friedhofsgärtnerei zu erhalten. So mußte zum Beispiel die Einrichtung eines öffentlichen Verkehrsmittels im Wiener Zentralfriedhof zurückgestellt werden, da die noch notwendigen Gräberverlegungen nicht durchgeführt werden konnten.

Bei der städtischen Friedhofsgärtnerei hat sich der Personalmangel sogar so weit ausgewirkt, daß Aufträge für Gräberaus schmückungen zum Teil nicht mehr übernommen werden konnten.

Für die Beerdigung der Toten genügte seinerzeit die Todesbescheinigung, während jetzt nach dem Personenstandsgesetz vor der Beerdigung die Beurkundung des Sterbefalles vom Standesamt erfolgen muß. Da außerdem immer mehr Menschen in den Krankenanstalten und nicht zu Hause sterben, derzeit schon 70 Prozent, müssen vor der Bestellung des Begräbnisses erst die Angehörigen vom Ableben verständigt werden. Alle diese Änderungen bewirkten eine Verlängerung der Fristen zwischen Sterbe- und Beerdigungstag von seinerzeit drei bis vier Tagen, wie sie übrigens noch jetzt im In- und Ausland allgemein üblich sind, auf fünf, sieben und mehr Tage. Die Folge davon ist, daß die seinerzeitigen ausreichenden sanitären Vorkehrungen nicht mehr genügen. ./.

Das zweite noch nicht geklärte Problem betrifft die Beerdigungsstätten, also die Friedhöfe und Grabstätten selbst. Vor etwa vier Dezennien wurden noch 40 Prozent aller Verstorbenen in sogenannten Schachtgräbern beerdigt. Die Gräber konnten in Perioden von zehn Jahren immer wieder belegt werden und erforderten einen verhältnismäßig geringen Flächenbedarf. Das Zurückbleiben der Friedhofsgebühren, sie sind derzeit etwa nur viermal so hoch wie 1937, ermöglichte es immer breiteren Schichten der Bevölkerung sogenannte eigene Gräber und diese sogar auf Friedhofsdauer zu erwerben. Für ein solches Grab ist eine drei- bis viermal so große Fläche notwendig wie für ein Schachtgrab. Diese Entwicklung führte schließlich dazu, daß die Gesamtfläche aller städtischen Friedhöfe während des genannten Zeitabschnittes von 256 Hektar auf derzeit 404 Hektar gestiegen und der Anteil der Schachtgräber bis auf vier Prozent zurückgegangen ist. Außerdem ist mehr als ein Viertel der Friedhofsflächen mit Friedhofsdauergräbern belegt. Abgesehen davon, daß ein ständiges Vergrößern der Friedhöfe keine Dauerlösung darstellt, war es nach 1945 infolge der sprunghaft steigenden Bautätigkeit und des wachsenden Bodenbedarfes immer schwieriger, neue Beerdigungsflächen zu bekommen.

Es wurde nun ein Programm ausgearbeitet, das sich zum Ziele setzt, die Zahl und Größe der Friedhöfe so festzulegen, daß der Jahresbedarf an neuen Gräbern in weiterer Zukunft nur mehr durch rückgewonnene Grabstellen gedeckt werden kann. Es beinhaltet im wesentlichen: von den 45 Friedhöfen die 18 kleineren und am wenigsten frequentierten aufzulassen und die übrigen so zu vergrößern, daß ihre Fläche und Grabstellenzahl für den angestrebten Zweck ausreichen. Die Festlegung und Widmung dieser Flächen gemeinsam mit der Stadtplanung und Stadtregulierung wird hoffentlich in Kürze abgeschlossen sein, sodaß das Projekt dann dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

Es ist die notwendige Voraussetzung für die Umgestaltung und Vergrößerung der Aufbahrungshallen, für den Ausbau der Leichenkammern, insbesondere in sanitärer Hinsicht und für die Schaffung der erforderlichen sakralen Einrichtungen für die Bedürfnisse der Religionsgesellschaften. Auch den Wünschen jenes Bevölkerungsteiles, der seine Verstorbenen der Feuerbestattung zuführen will, wird dabei Rechnung getragen. ./. .

In den letzten Jahren sind die den Friedhöfsgärtnern und der städtischen Friedhofsgärtnerei zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und die Anzahl der Firmen selbst immer weniger geworden. Sollen die Grabstellen in den Friedhöfen nicht nach und nach verwahrlosen, ist es notwendig, die vorhandenen Arbeitskräfte möglichst rationell einzusetzen. Um mit der geringen Anzahl von Arbeitskräften das Auslagen zu finden, wurden verschiedene Überlegungen im Hinblick auf eine Rationalisierung angestellt. Es ist beabsichtigt, die größeren Friedhöfe hinsichtlich der gärtnerischen Betreuung in Arbeitsrayone einzuteilen. Eine Maßnahme, die zweifelsohne sehr viel für sich haben wird, die aber noch reiflich durchdacht werden muß, um nicht Schwierigkeiten mit den Grabstellenbenützern ausgesetzt zu sein. Bei einer solchen Einteilung in Rayone müßten nämlich die Auftraggeber mit der ihnen zugewiesenen Firma einverstanden sein. Es kann sich aber sehr leicht ergeben, daß bei Unzufriedenheit ein Wechsel gewünscht wird, der dann aber kaum möglich sein dürfte. Es muß daher bedacht werden, keinen durch Zwang ausgelösten Anlaß zur Unzufriedenheit der Grabstellenbenutzer hervorzurufen.

Obwohl der Friedhofsbetrieb in den letzten 15 Jahren seine jährlichen Gesamteinnahmen von 11,5 Millionen S auf 67,5 Millionen steigern konnte, stehen ihm für den baulichen Aufwand im Jahre 1963 nur 13,1 Millionen oder rund 19 Prozent der Einnahmen zur Verfügung. Zur Lösung der gestellten Aufgaben sind daher zusätzliche Mittel erforderlich. Die im Voranschlag 1963 der Friedhöfe ausgewiesenen Kredite reichen wohl für eine Weiterführung des Betriebes, nicht aber für die Vornahme der beabsichtigten, dringend notwendigen Reformen aus.

Zum Beweis dessen möge ein Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien dienen:

"Trotz der aner kennenswerten Bemühungen der Magistratsabteilung 43 ist der Erhaltungszustand der Wege und Gebäude auf den Friedhöfen noch immer mangelhaft. In Anbetracht dieser Tatsache wäre es wünschenswert, die Aufwendungen hiefür zu erhöhen. Demgegenüber wurden aber die Ausgaben für diese Zwecke im Verhältnis zum Rechnungsjahr 1960 um rund 14,7 Prozent gesenkt (1960: 8,8 Millionen Schilling, 1961: 7,51 Millionen Schilling). Da über dies eine Steigerung der Baukosten eingetreten ist, ist der Umfang der durchgeführten Arbeiten noch über diesen Prozentsatz hinaus zurückgegangen.

Die Friedhofsgärtnerei hat Gesamteinnahmen von 12,89 Millionen Schilling erzielt, denen Gesamtausgaben von 13,38 Millionen Schilling gegenüberstehen, wovon nur 420.000 Schilling auf Investitionen entfallen, sodaß sich bereits aus den reinen Betriebsausgaben ein Abgang ergibt, und zwar infolge der ungünstigen Entwicklung des Personalaufwandes (1960: 62.4 Prozent, 1961: 64.1 Prozent). Auch der zunehmende Personalmangel (im Jahre 1962 konnte ein Teil der Aufträge nicht mehr übernommen oder nicht durchgeführt werden) macht eine wirtschaftliche Gebarung der Friedhofsgärtnerei immer schwieriger."

Vorrangstraßennetz für Wien

Die Tätigkeit der Magistratsabteilung 46, sowohl als Verkehrsbehörde wie auch als Straßenverwaltung im Sinne der Straßenverkehrsordnung 1960, ist von der stürmischen Entwicklung des Verkehrs nach wie vor betroffen. Die immer noch anhaltende Zunahme der Kraftfahrzeuge bedingt immer neue Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um den Verkehr auf den vorhandenen und nicht zu vergrößernden Verkehrsflächen zu ermöglichen. Trotz all dem reichen die bisherigen Maßnahmen kaum aus, um zu gewissen Zeiten und Tagesstunden ein Zusammenbrechen des Verkehrs zu verhindern.

Eine der vielleicht wirkungsvollsten Maßnahmen, die zu diesem Zweck getroffen wurden, ist die Errichtung einer Zentrale für die Überwachung automatischer Verkehrslichtsignalanlagen. Vorerst ist an diese Zentralstelle die Kreuzung Schottentor angeschlossen, als nächste folgt gleichzeitig mit dem Umbau die Kreuzung beim Ringturm, also Schottenring, Franz Josefs-Kai, Augartenbrücke, Roßauer Lände.

Die nächste Verkehrsanlage, die in diese Zentralstelle einbezogen werden soll, ist die Grüne Welle auf der Gürtelstraße im Abschnitt Uhlplatz bis Lichtenwerder Platz.

Unbeschadet dessen wurden die Arbeiten an den Verkehrslichtsignalanlagen im Jahre 1962 fortgesetzt und teilweise auch fertiggestellt. Leider ergeben sich hier noch immer Schwierigkeiten durch die Verzögerungen der Fertigstellungstermine, was wieder durch den Facharbeitermangel bei den einzelnen Firmen bedingt ist. Außer den Arbeiten der Umstellung von noch mit der Hand geregelten

Anlagen auf automatische Lichtsignalanlagen wurde auch eine Reihe von neuen Anlagen errichtet und in Betrieb genommen.

Die Dienststelle hat ferner vor Erlassung dauernder verkehrsbehördlicher Maßnahmen, wie Verkehrsbeschränkungen, Kurzparkzonen, Einbahnerklärungen, Park- und Halteverbote, Ladezonen, Parkplätze und Aufstellungsanordnungen die erforderlichen Ermittlungsverfahren abgewickelt und die Verhandlungsergebnisse der Straßenverkehrskommission vorgelegt. Unter anderem wurden bisher 74 Straßen, bzw. Straßenteile zu Einbahnstraßen erklärt, 36 Fahrverbote, Durchfahrtsverbote und Geschwindigkeitsbeschränkungen sowie 27 Abbiegeverbote verordnet. Noch vor Jahresende wird die erste Etappe des Wiener Vorrangstraßennetzes zur Genehmigung vorgelegt werden; im nächsten Halbjahr sollen weitere Abschnitte folgen.

Gerade diese Arbeit bedeutet eine unerläßliche Voraussetzung für eine ordentliche Regelung hinsichtlich des Vorranges. Noch immer herrscht, obwohl rechtlich nicht gedeckt, beim Großteil der motorisierten Verkehrsteilnehmer die Meinung vor, daß gewisse Straßenzüge in Wien eine Vorrangstellung besitzen. Dadurch wird aber die ordnende Bestimmung, die auch auf dem Vertrauensgrundsatz der Straßenverkehrsordnung 1960 aufgebaut ist, ad absurdum geführt und bedingt eine Rechtsunsicherheit.

Diese Rechtsunsicherheit wird aber noch durch eine andere Tatsache gefördert: Wir haben zweifellos zu gewissen Tageszeiten ausgesprochene Verkehrsnotstände, die einer Behebung bedürfen und es ist sehr begrüßenswert, wenn sich die Verkehrspolizei dazu entschlossen hat, solche Maßnahmen in der Form von Duldungen zu treffen. Allerdings bedeutet auch das eine ungleiche Behandlung von Vergehen gegen die bestehenden Gesetze. Es wird von einem Kraftfahrer sehr schwer verstanden werden, daß er für das, was in einer Straße geduldet, in einer anderen Straße bestraft wird. In Straßenzügen, wo die Hauptfahrbahnen von Nebenfahrbahnen begleitet sind, darf auf der Hauptfahrbahn weder geparkt noch gehalten werden, zum Beispiel in der Hernalser Hauptstraße. Hingegen ist die gleiche Situation in der Kolingasse gegeben und dort darf ohne weiteres, obwohl Nebenfahrbahnen gegeben sind, in der Hauptfahrbahn gehalten und geparkt werden.

Als Straßenverwaltung hat die Magistratsabteilung 46 in den abgelaufenen zehn Monaten 1.264 Straßenverkehrszeichen, 996 Zusatztafeln auf 832 Eisenständern sowie 185 Kettenständern neu aufgestellt. Für die Frühjahrs- und Herbstmesse sowie für den Friedhofsverkehr zu Allerheiligen wurden separat 310 Straßenverkehrszeichen montiert und abmontiert und 220 transportable Eisenständer aufgestellt und eingeholt. Ferner wurden zu den von der Magistratsabteilung 33 übernommenen bestehenden Verkehrsleuchtsäulen 20 neue sowie 68 transparente Verkehrszeichen und neun transparente Wegweiser neu aufgestellt. Auch das Arbeitsgebiet "Bodenmarkierungen" hatte im gleichen Zeitabschnitt eine Steigerung erfahren.

Für das nächste Jahr ist der Neubau bzw. die Ergänzung von Verkehrslichtsignalanlagen an nachstehend angeführten Stellen in Aussicht genommen:

Fertigstellung von Signalanlagen, die im heurigen Jahr begonnen wurden: Hietzinger Brücke, Hütteldorfer Straße-Johnstraße und Hütteldorfer Straße-Reinlgasse.

Verkehrslichtsignalanlagen im Zusammenhang mit Großbauvorhaben bzw. Umbauvorhaben der Straßenbauabteilung und der Wiener Verkehrsbetriebe:

Bauvorhaben Paulanerkirche, Lastenstraße 1. Bauabschnitt (Vorarbeiten, Rohrverlegung, und dergleichen), Altmannsdorfer Straße 2. Bauabschnitt (erste Baustufe), Umkehrschleife Stammersdorf, Operngasse 1. Bauabschnitt.

Errichtung von Grünen Wellen und Ausbau der bestehenden polizeilichen Überwachungszentrale für automatische Verkehrslichtsignalanlagen: Favoritenstraße und Laxenburger Straße, Gürtelstraße (zweiter Bauabschnitt, Uhlplatz bis Felberstraße), Einbeziehung der Grünen Welle Gürtelstraße im Abschnitt Uhlplatz bis Liechtenwerder Platz in die polizeiliche Überwachungszentrale (einschließlich Kabellegung für künftige Fernsehkontrollpunkte), Einrichtung eines Fernsehkontrollpunktes im bestehenden Bereich der Grünen Welle Gürtelstraße, Koordinierung der bestehenden Anlagen im Zuge der Wattgasse bzw. Possingergasse (einschließlich Neubau Possingergasse-Koppstraße).

Verkehrslichtsignalanlagen gemäß Wünschen der Bezirksvorstellungen und der Bundespolizeidirektion Wien: Ringstraße-Burg-

theater, Prater Hauptallee-Meiereistraße, Weißgerberstraße-Radetzkystraße, Ungargasse-Neulinggasse, Ziegelofengasse-Mittersteig, Wiedner Hauptstraße-Johann Strauß-Gasse, Gumpendorfer Straße-Grabnergasse, Lerchenfelder Straße-Albertgasse-Schottenfeldgasse, Berggasse-Liechtensteinstraße (Einbeziehung in Signalgruppe Schottentor), Kundratstraße-Triester Straße, Josefstädter Straße-Lange Gasse, Koordinierung mit der Kreuzungsstelle Josefstädter Straße-Piaristengasse, Schönbrunner Straße-Pilgramgasse und Schönbrunner Straße-Rechte Wienzeile, Billrothstraße-Krottenbachstraße, Wallensteinstraße-Klosterneuburger Straße, Langobardenstraße-Stadlauer Straße, Brunner Straße-Carlbergergasse und weitere zehn einfache Verkehrslichtsignalanlagen für den 1., 4., 7., 8., 11., 17., 18., 21., 22. und 23. Bezirk.

Sicherung von Schutzwegen durch Blinklichtanlagen: Taborstraße-Schmelzgasse, Prinz Eugen-Straße-Plösslgasse, Schönbrunner Straße-Nevillgasse, Gumpendorfer Straße-Köstlergasse, Nußdorfer Straße-Sechsschimmelgasse, Garnisongasse-Ferstelgasse, Hütteldorfer Straße-Huglgasse, Dornbacher Straße-Güpferringstraße, Gersthofer Straße-Wallrißstraße-Gentzgasse (Erweiterung), Hornayrgasse-Hernalser Hauptstraße und weitere acht Anlagen.

Der Zustrom zu den Lenkerprüfungen hält im unverminderten Ausmaß an. In den ersten zehn Monaten des Jahres haben 37.249 Bewerber die Lenkerprüfung abgelegt, davon haben 16.819 die Prüfung bestanden und 20.430 Kandidaten haben die Prüfung nicht bestanden. Von diesen 20.430 sind 8.900 an den polizeilichen Vorschriften gescheitert, 7.968 bei der praktischen Fahrprüfung und 3.562, also der kleinste Teil, hat bei den technischen Prüfungsfragen versagt.

Die Wienerwald-Forste

Bezüglich unserer Forste (Magistratsabteilung 49), sowohl der Wienerwald- als auch der Quellschutzforste kann festgestellt werden, daß sich der Gedanke, daß es sich hier um reine Wohlfahrtswälder, bei denen das ertragswirtschaftliche Moment erst an zweiter Stelle steht, handelt, durchzusetzen beginnt.

Im ablaufenden Jahr konnte mit einer umfassenden Ausgestaltung der städtischen Wienerwaldforste, sowohl des Lainzer Tiergartens als erstrangiges Ausflugs- und Erholungsgebiet der Großstadtbevölkerung, als auch des Schwarzenbergparkes begonnen werden.

Der Wildstand hat die Nachkriegsschäden ganz überwunden und kann als sehr gut bezeichnet werden. Im Lainzer Tiergarten wurde ein Freigehege errichtet und mit sechs Auerochsen besetzt.

Der Lainzer Tiergarten gab in diesem Jahre eine einmalige Kulisse für einen von Walt Disney gedrehten Film über die Spanische Hofreitschule ab und wird dadurch sicherlich nicht nur weiten Kreisen der österreichischen Bevölkerung, sondern auch dem Ausland als einmaliges Naturschutzgebiet in einer Großstadt bekanntgemacht.

Die Planungsarbeiten für die umfangreichen Aufforstungen im 22. Bezirk sowie für die Erweiterung der so gut gelungenen Wohlfahrtsaufforstung in 10, Laaer Berg, sind so weit gediehen, daß 1963 mit diesen Arbeiten begonnen werden kann.

Die durch den Bau des Donau-Oder-Kanales und des Olhafens begonnene, für ein Erholungsgebiet ungünstige Entwicklung in der Lobau, scheint immer noch nicht beendet zu sein. Durch die Motorisierung der letzten Jahre bedingt, wird das Gebiet zwischen der Panozzalacke und dem Donau-Oder-Kanal sehr stark durch die erholungssuchende Bevölkerung frequentiert, wodurch sich die Notwendigkeit für eine Ausgestaltung ergibt. Für das Jahr 1963 sind unter Berücksichtigung des Wasserschutzgebietes für das Grundwasserwerk Untere Lobau die Vorarbeiten für eine entsprechende Ausgestaltung des Landschaftsschutzgebietes Lobau vorgesehen.

In Verbindung mit dem Landschaftsschutzgebiet Lobau sind zum Schutze der Landschaft und der landwirtschaftlichen Grundflächen umfangreiche Wohlfahrtsaufforstungen vorgesehen, für die bereits ein grundsätzlicher Beschluß des Gemeinderatsausschusses vorliegt.

Die Wohlfahrtsaufforstung Laaer Berg im Süden Wiens kann auf Grund neuerworbener Flächen im Ausmaß von rund 110.000 Quadratmetern fortgesetzt werden.

Das Stadtforstamt erfüllt innerhalb des Magistrates durch die fachlich einwandfreie und vorbildliche Bewirtschaftung der Wienerwald- und Quellschutzforste zur Sicherung eines ausreichenden Erholungsraumes, der Zufuhr von Frischluft in den Großstadtbereich, zur Erhaltung der Wiener Landschaft und zur Sicherung einer maximalen Quellschüttung eine für die Gesundheit der Großstadtbevölkerung äußerst bedeutungsvolle Aufgabe.

Die Bewirtschaftung der für die Wasserversorgung Wiens wichtigen, im Bereiche des Einzugsgebietes der I. und II. Wiener Hochquellenleitung gelegenen Quellschutzforste der Stadt Wien, wird auch im kommenden Jahr durch den Einsatz technischer Geräte, die Verwendung von Seilbahnen, Winden und Schleppern in einer für die Wasserschutzforste zweckmäßigen, naturnahen Waldwirtschaft erfolgen.

Heuer, am 22. Juni, hat die Stadt Wien in Breitenfurt vom Österreichischen Gewerkschaftsbund einen 180 Hektar großen Waldbesitz erworben, der im Jahre 1963 in die Verwaltung des Stadtforstamtes übernommen wird. Der Erwerb erfolgte aus Gründen der Sicherstellung eines ausreichenden Ausflugs- und Erholungsgebietes für die Wiener Bevölkerung.

Und nun noch ein offenes Wort zur Errichtung einer Seilbahn von Grinzing auf den Kahlenberg bzw. Leopoldsberg: Meine Fraktion und ich haben die ablehnende Stellungnahme gegen ein solches Projekt immer wieder in klarer und unmißverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht, aber auch die dafür notwendigen Begründungen gegeben. Der letzte Schritt, den ich in dieser Richtung unternommen habe, bestand in einem offenen Brief an die Konzessionswerber mit dem Ersuchen, ihr Ansuchen um Errichtung einer solchen Seilbahn zurückzuziehen.

Ich möchte ganz eindeutig feststellen, daß diese Einstellung nach wie vor aufrecht ist und durch nichts bisher beeinträchtigt werden konnte.

./.

Ich sage das deshalb mit aller Deutlichkeit, damit nicht vielleicht da oder dort der Eindruck entstehen könnte, ich hätte dies im Zusammenhang mit den stattgefundenen Nationalratswahlen getan und nun nach dieser Wahl wäre diese Angelegenheit für mich erledigt. Ich bekenne mich nach wie vor zu meiner absolut negativen Einstellung zu diesem Projekt und werde nichts unversucht lassen, was dem Schutz der Wiener Hausberge vor einer derartigen Verunstaltung dienen könnte."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

70. Geburtstag von Professor Brüda

=====

15. Dezember (RK) Am 18. Dezember vollendet der Biochemiker Prof. Dr. Botho E.K. Brüda das 70. Lebensjahr.

Er studierte in seiner Heimatstadt Wien Biologie, Medizin und Chemie, war dann Stipendiat der Rockefeller-Stiftung in Baltimore und rückte im ersten Weltkrieg als Offizier ein. Die Jahre von 1926 bis 1932 verbrachte er an der Grazer Universität. Anschließend arbeitete er wissenschaftlich und übernahm die Leitung der Laboratorien der pharmazeutischen Gesellschaft Bio-Pharma. Während des zweiten Weltkrieges war er Sanitätsoffizier. Seit 1951 ist Dr. Brüda in den USA ansässig. Er war einer Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten als Experte für Krebsforschung und experimentelle Pathologie gefolgt. Seit 1953 arbeitete er als Direktor der "Chemical Hormons-Corporation". Zugleich ist er erster Konsulent für die Armee. Brüda hat zahlreiche Fachschriften verfaßt. Seine bekannteste heißt "Frühdignose des Krebses mit Hilfe künstlicher Gewebezüchtung". Weiter befaßt er sich mit der Arteriosklerose.

Bürgermeister Jonas schickte dem Gelehrten ein Gratulationsschreiben, in dem es unter anderem heißt: "Wir alle sind auf Sie und auf Ihre Leistungen stolz. Es freut uns, daß Sie Ihre so erfolgreiche wissenschaftliche Tätigkeit im Dienste der Krebsforschung sowie der Bekämpfung der Arteriosklerose und anderer gefährlicher Krankheitserscheinungen in einem neuen Wirkungskreis mit den wertvollsten Ergebnissen fortsetzen können. Mögen Sie Ihren Aufgaben noch lange erhalten bleiben!"

Auch Vizebürgermeister Mandl schickte ein Gratulationsschreiben.

- - -

Die Radiorede des Bürgermeisters

=====

15. Dezember (RK) Morgen, Sonntag, spricht Bürgermeister Jonas um 19.45 Uhr im Ersten Programm von Radio Wien in der Sendereihe "Wiener Probleme" über Sicherheit im Straßenverkehr.

- - -

Moritz Rosenthal zum Gedenken

=====

15. Dezember (RK) Auf den 18. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Klaviervirtuosen Moritz Rosenthal.

Er wurde in Lemberg geboren, wo er schon mit zehn Jahren als Konzertpianist erfolgreich debütierte. Seine Eltern übersiedelten dann nach Wien, wo seine weitere Ausbildung am Konservatorium der Musikfreunde erfolgte. Franz Liszt war von seinem Spiel so begeistert, daß er ihn aufforderte, seine Studien bei ihm in Weimar fortzusetzen. Moritz Rosenthal folgte dieser Einladung und wurde der Lieblingsschüler seines Lehrers. Seine erste eigene Tournee führte ihn nach Rumänien. Als Virtuose bereits sehr bekannt, kehrte er nochmals nach Wien zurück, um an seiner Vervollkommnung weiterzuarbeiten. Er besuchte auch die Universität und eignete sich eine hervorragende Allgemeinbildung an. Sein glanzvoller Aufstieg war gesichert. 1887 hatte er sich das amerikanische Publikum erobert. Kaiser Franz Joseph ernannte ihn zum k.k. Kammervirtuosen. In allen Hauptstädten von Europa und Übersee erntete er Triumphe. Besonders gerühmt wurde seine enorme Technik, die keine Schwierigkeiten kannte, sein umfangreiches Repertoire und sein feinstnuancierter Vortrag. Moritz Rosenthal gilt mit Recht als einer der letzten, bedeutendsten Vertreter der Wiener klassischen Schule des Klavierspiels, für deren Weltgeltung er auch als Pädagoge wirkte. Die politische Situation des Jahres 1938 zwang ihn, seine Wahlheimat Wien zu verlassen. Er ging nach Amerika und machte sich in New York ansässig, wo er am 3. September 1946 starb.

- - -

Wiens weihnachtliches "Tischlein deck dich"

=====

Bürgermeister Jonas besichtigte die Wiener Märkte

15. Dezember (RK) Mit einem Besuch des Wiener Naschmarktes begann Bürgermeister Jonas heute früh einen Rundgang durch die Märkte, um sich über die Situation vor Weihnachten zu informieren. In Begleitung von Stadtrat Bauer und Marktamtsdirektor Altmann besichtigte er zunächst den außerordentlich gut beschickten Obstgroßmarkt und den Landparteienmarkt. Der Großhandel bietet ein reichhaltiges Sortiment inländischer Äpfel an. Bei besserer Tafelware, wie etwa bei Weintrauben ausländischer Herkunft, sind dagegen die Anlieferungen etwas geringer. Dem ständig zunehmenden Kaufinteresse für Orangen, Klementinen und Mandarinen wurde durch umfangreiche Importe Rechnung getragen. Auch Bananen gibt es in ausreichender Menge und bester Qualität.

Der Fischmarkt ist gleichfalls mit in- und ausländischer Qualitätsware sehr gut versorgt. Es stehen rund 330 Tonnen Karpfen aus Niederösterreich und aus der Steiermark sowie zehn Tonnen Karpfen aus Ungarn zum Verkauf bereit. Weiter werden rund 25 Tonnen an Schleien, Hechten, Welsen und Zandern zum Kauf angeboten. An Seefischen wurde gefrorene Ware, vor allem Kabeljau und Dorschfilets, in einer Menge von 420 Tonnen aus Norwegen und Deutschland importiert, die noch durch die Zufuhr von 180 Tonnen frischer Ware ergänzt wird. Die Nachfrage nach Sortenfischen wie Angler, Makrelen, Schollen, Seezungen, Steinbutt usw. kann mit rund acht Tonnen Vorräten befriedigt werden. Der Bürgermeister entdeckte bei einem Fischstand sogar einen 27 Kilogramm schweren Haifisch.

Auf dem Geflügelsektor stehen einem entsprechenden Angebot an Inlandware 2.300 Tonnen Importe von Gänsen, Enten, Poulards und sonstigem Geflügel zur Verfügung. An Wildbret liegen für den Weihnachtsmarkt 160 Tonnen bereit.

Der zu den Weihnachtsfeiertagen erfahrungsgemäß gesteigerte Bedarf an Eiern wurde nebst der Inlandsproduktion durch Importe gedeckt. Insgesamt stehen 55 Waggons, das sind rund acht Millionen Stück Eier, zur Verfügung.

Die Versorgung Wiens mit Rind-, Kalb- und Schweinefleisch wird als ausreichend bezeichnet, ebenso die Beschickung mit inländischem Gemüse und ausländischem grünen Salat. Zufuhren von Spinat und Tomaten aus dem Ausland werden die Auswahl noch erweitern. Vom Naschmarkt begab sich dann der Bürgermeister nach Ottakring um den Brunnenmarkt zu besichtigen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Lebensmittelmärkte für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage reichlich beschickt sind und der Bedarf der Wiener in jeder Hinsicht gedeckt ist.

- - -

Sonderführung durch die Hodler-Ausstellung

=====

15. Dezember (RK) Der bekannte Kunsterzieher Prof. Dr. Ludwig Hoffmann vom Pädagogischen Institut der Stadt Wien hat sich bereit erklärt, Freitag, den 21. Dezember, um 16 Uhr, in der Ferdinand Hodler-Ausstellung eine Sonderführung zu veranstalten. Interessenten mögen sich bei der Kasse in der Wiener Secession zeitgerecht einfinden.

- - -

Ehe- und Familienberatungsstelle

=====

15. Dezember (RK) In der Ehe- und Familienberatungsstelle der Magistratsabteilung 12, 1, Gonzagagasse 23, entfallen die Beratungsstunden von Freitag, den 21. Dezember, bis einschließlich 1. Jänner. Die letzte Beratung in diesem Jahr ist am Dienstag, dem 18. Dezember, die erste Beratung im kommenden Jahr am Freitag, dem 4. Jänner.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debatte über Geschäftsgruppe VII

GR. Hausner (KLS) spricht sich für die Verbesserung der Verkehrssicherheit aus und setzt sich insbesondere für den schwächsten Verkehrsteilnehmer, den Fußgänger, ein. Wohl ist in den letzten Jahren eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, daneben gibt es aber noch sehr viele unregelmäßige Straßenübergänge, weswegen mehr gesicherte Fußgängerübergänge vor allem in den Außenbezirken, wo die Autofahrer mit größerer Geschwindigkeit fahren, geschaffen werden sollten. Es wäre zu erwägen, vor Straßenübergängen Warnbacken wie bei der Bundesbahn aufzustellen. Die Maßnahmen der Polizei in allen Ehren, am besten sind jedoch die Sicherungen durch mechanische Einrichtungen. Im unverbauten Gebiet sollten vor allem zum Schutz der Schuljugend Fußgeherwege entlang der Straße errichtet werden.

Weiter setzt sich der Redner für den Schutz des Erholungsgebietes der Wiener ein, wobei er die Herstellung eines Einvernehmens mit Niederösterreich befürwortet, um den Wienerwald, der ja über die Grenzen der Stadt hinausreicht, in seiner Gesamtheit erhalten zu können. Auch am Donau-Oder-Kanal sollte eine weitere Parzellierung vermieden werden und das Gebiet der gesamten Bevölkerung zugänglich bleiben. Was die projektierte Gondelbahn auf den Leopoldsberg betrifft, sollte sich nicht nur der Amtsführende Stadtrat dagegen aussprechen, es sollten auch die Gemeinderäte Stellung beziehen, um zu verhindern, daß der Wienerwald zu einem Rummelplatz wird.

GR. Hausner befaßt sich dann mit der Frage des wilden Siedelns und erklärt, daß, wenn ein Gebiet als Siedlungsgebiet gewidmet wird - wie es etwa beim Biberhaufen der Fall war -, man die Bevölkerung auch dazu erziehen soll, Ordnung zu halten, jedes Bauwerk entsprechend anzumelden und die Anordnungen der Baupolizei entsprechend durchzuführen. Dagegen soll man Bewohnern, die jahrzehntlang in einem Gebiet wohnen, nicht plötzlich Räumungsaufträge erteilen, um dann, wenn sie gegen den Bescheid Berufung einlegen wollen, ihnen den Rat zu geben, um eine Verlängerung anzusuchen. Das führt zu einem Papierkrieg und setzt nur die Baubehörde herunter.

Häuser, die aus spekulativen Gründen dem Verfall preisgegeben werden, soll man im Wege der Ersatzvornahme erhalten, insbesondere historische Bauten.

Bei der beabsichtigten Auflassung von Friedhöfen soll man berücksichtigen, daß die Bevölkerung immer mehr auf die Erhaltung der Ortsfriedhöfe drängt. Auch der Stadlauer Friedhof sollte erhalten bleiben. Bei der Friedhofsausgestaltung sollten neue Wege beschritten und die Bevölkerung durch Anlage von Mustergräbern für eine moderne Art der Friedhofsgestaltung gewonnen werden.

GR. Neset (FPÖ) verweist darauf, daß die Baupolizei immer wieder gezwungen ist, mit Ordnungsstrafen gegen teilweise sehr schwere Verstöße gegen die Bauordnung vorzugehen. Auch bei der Errichtung von Gehsteigen wird von den Bauwerbern sehr viel gesündigt, wodurch vielfach Umbauten notwendig werden. Vor allem bei Umbauten an Althäusern sollten die Kommissionierungen zeitgerecht durchgeführt werden, außerdem wäre eine Verkleinerung der Kommission anzustreben. In einem Fall etwa, wo es um die Anbringung eines Schaukastens ging, waren zwölf Personen bei der Kommissionierung anwesend. Vielleicht könnte doch ein Bevollmächtigter für mehrere Abteilungen sprechen.

Die Aufstellung von Maschinen in Gewerbebetrieben erfolge vielfach zu einem Zeitpunkt, zu dem die Maschine schon lange im Betrieb ist. Was nützt dann ein Einspruch aus Gründen des sogenannten Anrainerschutzes, wenn bedeutende Mittel für die Aufstellung der Maschine verwendet wurden, und man sie kaum mehr entfernen lassen kann.

Bei bereits parzellierten Grundstücken im Wald- und Wiesengürtel müßte auf die rigorose Einhaltung der Bauklassen geachtet werden. Die Schaffung neuer Gesetze sei nicht notwendig, da die bereits bestehenden bei strenger Handhabung den Schutz des Wald- und Wiesengürtels zum Wohle der Bevölkerung gewährleisten.

Das Projekt der Gondelbahn müßte man entschieden ablehnen. Es ist zu hoffen, daß es nicht in die Tat umgesetzt werden kann und der Kahlenberg dadurch nicht etwa zu einem Prater wird.

Bezüglich der Plan- und Schriftenkammer ersucht der Redner um Mitteilung, wie weit die Arbeiten zu der Errichtung des neuen Wiener Stadtplanes gediehen sind.

Auf dem Sektor der Beleuchtung ist viel geschehen. Durch die Neonröhren besteht jedoch vielfach die Gefahr der Blendung. Sie sollten daher nicht quer zur Straße montiert werden und überdies so abgeschirmt sein, daß das Licht nur auf die Fahrbahn fällt und nicht im Raum verlorenght. Die einzelnen Neonröhren müßten auch in den richtigen Maßen gehalten werden. Das gelbe Flutlicht könnte vielleicht entsprechend der Vorschläge von Funktiorären des Touring-Clubs besonders für Ausfallstraßen verwendet werden. Dadurch würden die Ausfallstraßen gerade während der Nacht gut gekennzeichnet sein.

Auf dem Sektor der technischen Verkehrsangelegenheiten muß bei der Errichtung von Blinkanlagen die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer gewährleistet sein. Noch nicht zu lösen war das Problem der bevorrechteten Fahrzeuge bei automatisch geregelten Kreuzungen. Bezüglich Vorrang und Nachrang in einzelnen Straßenzügen, wo zwar die Nachrangstraßen mit Tafeln kenntlich gemacht sind, könnte man den Vorrang vielleicht durch Fodenmarkierungen kennzeichnen.

Mit Freude konnte man feststellen, daß für den Lainzer Tiergarten und die Aufforstung am Laaer Berg viel geschehen ist. Der Redner ersucht um Mitteilung, wie weit die Aufforstung in Teilen des 22. Bezirkes gediehen ist.

Bei den Friedhöfen kann man feststellen, daß die Bevölkerung nicht den Massenfriedhof, sondern den kleinen Ortsfriedhof bevorzugt. Die Errichtung einer sogenannten "Totenstadt" außerhalb Wiens würde daher kaum den Wünschen der Bevölkerung entsprechen. Bei der Auflassung von Friedhöfen müßte man auf die Gräber bedeutender Persönlichkeiten Rücksicht nehmen und, wenn man den dort liegenden Toten auch exhumieren muß, versuchen, sein Grabdenkmal zu erhalten.

Abschließend stellt GR. Nessel fest, daß die Geschäftsgruppe VII gute Arbeit geleistet hat und die FPÖ-Fraktion den Ansätzen zustimmen werde.

GR. Ing. Hauschka (ÖVP) stellt fest, daß die öffentliche Beleuchtung Wiens heuer zwei große Ereignisse zu verzeichnen hatte. So die Einschaltung der 100.000. elektrischen Lampe, und die Ausschaltung der letzten Gasbeleuchtung. Die Stadtverwaltung hatte nach dem Krieg nicht nur die gewaltige Aufgabe der Wiederinstandsetzung der kriegszerstörten Beleuchtung, sondern auch der Modernisierung der noch verbliebenen. Heute können wir feststellen, daß Wien gegenüber anderen europäischen Städten mit seiner öffentlichen Beleuchtung an vorderster Stelle steht. Eine große Leistung in relativ kurzer Zeit. Die gute Entwicklung unserer Wirtschaft und damit verbunden jene des Kraftfahrzeugverkehrs, erforderte ebenfalls einen Ausbau der Beleuchtung. Den Umbau der Gasbeleuchtung auf elektrische konnten wir im November dieses Jahres mit einem lachenden und einem weinenden Auge als abgeschlossen erklären. Mit dem Erlöschen der letzten Gaslaterne geht ein Wahrzeichen unserer Stadt in die Geschichte ein. Einige Gaskandelaber wurden jedoch auf elektrische Beleuchtung umgebaut und sollen an geeigneten Stellen verwendet werden. Unsere alten Gaslaternen wurden vielfach von Ausländern, besonders Amerikanern, gekauft.

Notwendig wäre die Ausarbeitung eines Konzeptes für den weiteren Ausbau der öffentlichen Beleuchtung und die Wahl der verschiedenen Beleuchtungskörper. Die Verkehrsexperten haben vom Standpunkt des Verkehrs natürlich andere Wünsche bezüglich der Beleuchtung von Verkehrsflächen als Denkmalpfleger. Es wird hier in manchen Fällen sehr schwer sein, eine geeignete Lösung zu finden. Die Pflege des Stadtbildes darf jedoch auf dem Sektor der öffentlichen Beleuchtung nicht außer acht gelassen werden. Als Behelf für die Ausarbeitung eines Konzeptes sollen Wettbewerbe, Ausstellungen, Diskussionen und Lichtkataloge geschaffen werden, um neben dem zweckmäßigen auch die schöne Gestaltung zu gewährleisten.

Abschließend erklärt der Redner, daß seit 1945 in diesem Ressort Gewaltiges geleistet wurde, was zu Dank und Anerkennung verpflichtet. Der Blick von Kahlenberg auf das erleuchtete Wien bezaubert alle Menschen. Der Lichterglanz Wiens möge zur Weihnachtszeit und auch in Zukunft den Wienern Freude, Friede und Eintracht bescheren.

GR. Windisch (SPÖ) stellt als Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten fest, daß die Zusammenarbeit in diesem Ausschuß sehr gedeihlich ist. Zu den wichtigsten Abteilungen dieser Geschäftsgruppe muß die Baupolizei gezählt werden, bei der aber leider immer noch ein sehr akuter Personalmangel herrscht. Was ihn und viele seiner Fraktionskollegen irritiert, ist, daß tausende Wohnungen von der Baupolizei gesperrt wurden, und daß dann ein Großteil dieser Wohnungen kurz nach der Sperre gegen hohe Ablöse wieder vermietet wurden. Das führt nicht selten dazu, daß das Wohnungsamt in einzelnen Fällen zwei- oder dreimal die Mieter aus ein und derselben Wohnung herausnehmen und sie in eine Wohnung einweisen muß. GR. Windisch ersucht den Amtsführenden Stadtrat um Mitteilung, wie viel Wohnungen durch die Polizei gesperrt wurden. Es könne nicht der Zweck eines Bescheides sein, sagt er, die Wohnungen zu sperren und sie dann in 14 Tagen an Wohnungsuchende wieder zu vermieten. So könne man die Wohnungsnot in Wien nicht lösen. Der Redner stimmt dann mit der Ansicht des Stadtrates überein, wonach die Tätigkeit der Behörde nicht durch Interventionen gestört werden soll. Er verweist aber auf einen ihm bekannten Fall im 4. Bezirk, wo sich der Bauherr zunächst über die Bestimmungen der Baugenehmigung hinwegsetzte und dann über politische Mandatare bei den Behörden intervenieren ließ.

Zum Kapitel Öffentliche Beleuchtung, meint er, die Mieter sollten auf keinen Fall durch starke Straßenbeleuchtung in ihren Wohnungen gestört werden. Auch der Austausch alter Beleuchtungskörper sollte mehr systematisch durchgeführt werden. Er bezeichnet es als sehr ungünstig für die Autofahrer, wenn sie aus einer hell beleuchteten Straße in eine dunkle Gasse einbiegen müssen. Auch was die Form der Beleuchtungskörper betrifft, ist leider noch mancher Wunsch offen geblieben. Sie passen oft nicht zum Stadtbild. Er bemängelt dann die ungenügend langen Phasen der Verkehrsampeln an einigen Kreuzungen und auch die Markierung der Fahrbahnen mit Farben in den Wintermonaten bezeichnet er als unzulänglich. Zum viel diskutierten Projekt der Gondelbahn erklärt er, daß derzeit bei der Stadtverwaltung noch kein Bauansuchen eingereicht wurde. Sollte es einmal dazu kommen,

könne er versichern, daß sich die zuständigen Magistratsabteilungen und die Gemeinderatsausschüsse, und wenn nötig auch der Gemeinderat, mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigen werden. Abschließend erklärt GR. Windisch, daß die SPÖ-Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe VII zustimmen wird.

GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) erklärt zum Kapitel Friedhöfe, daß sich die Ausgaben dieser Magistratsabteilung nicht nach der Höhe der Einnahmen richten sollten. Er bedauert, daß diverse sanitäre Einrichtungen in unseren Friedhöfen im Laufe des Jahres nicht geschaffen werden konnten. Auch der Personalmangel bei der Bestattung sowie bei der Friedhofsgärtnerei bestehe weiter. Aus diesem Grunde setzt er sich für eine bessere Dotierung der Friedhofsverwaltung ein.

Er erinnert daran, daß er bereits vor Jahresfrist im Gemeinderat eine künstliche Aufforstung im 22. Bezirk, und zwar im Interesse der Landwirtschaft, gefordert habe. Er stellt mit Bedauern fest, daß sich diesem Vorhaben Schwierigkeiten in den Weg gestellt haben, vor allem die Bundesbahn hat für die Aufforstung auf ihren Grundstücken nicht das erwünschte Verständnis. Er hoffe aber dennoch, daß diese Aktion einvernehmlich mit der Bauernschaft und der Wiener Landwirtschaftskammer durchgeführt wird. Der Redner wendet sich ebenfalls gegen das Projekt der Gondelbahn auf den Kahlenberg. Im Gemeinderat hatte man bisher über die Pläne überhaupt nichts gehört. (Stadtrat Heller, SPÖ: Es gibt keine Pläne sondern nur ein Konzessionsansuchen!)

Abschließend gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe VII.

GR. Fucik (SPÖ) verlangt eine automatische Regelung für zwei Kreuzungen in Favoriten im Verlauf der Favoritenstraße und Laxenburger Straße und beschäftigt sich mit einigen anderen kleineren Problemen der Verkehrsregelung im 10. Bezirk.

Er begrüßt die Wohlfahrtsaufforstungen und erneuert in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem Bodenbeschaffungsgesetz. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Bolaffio (ÖVP) beschäftigt sich mit Verkehrsproblemen und ersucht den Stadtrat vor allem, die Fernsehzentrale möglichst rasch auszubauen. In München zum Beispiel seien bereits 16 große Kreuzungen an die dortige Zentrale angeschlossen.

Der Redner wendet sich dann gegen Meldungen wie "Wien im Verkehr erstickt". Solche Meldungen nützen niemandem und sind außerdem nicht richtig. Verkehrsstauungen aber gibt es in allen Großstädten der Welt.

Verkehrseinrichtungen und Verkehrsbauten tragen dazu bei, unangenehme Situationen zu vermeiden, aber auch eine gewisse Disziplin des Straßenbenützers ist dazu erforderlich. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Diese Disziplin besteht auch darin, daß man als Kraftfahrer neuralgische Punkte vermeidet und durch Umwege genauso schnell ans Ziel kommt. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

GR. Bolaffio erhärtet seine Ansicht durch ein Beispiel. Er habe einmal einem Bekannten, der sich über Verkehrsstauungen auf seiner Strecke beschwerte, den Rat gegeben, es mit einem Umweg zu versuchen, worauf er zur Antwort bekam: Ich fahre schon seit 15 Jahren die Strecke, ich bin sie schon gewohnt! (GR. Jodlbauer, SPÖ: Das war ein Konservativer! - Heiterkeit.) Eine solche Art des Konservativismus, entgegnet der Redner, wünschen wir nicht, weder auf der noch auf der anderen Seite.

Wir brauchen auch ein koordiniertes Netz von Straßen mit Grüner Welle. Voraussetzung dafür sind neue Verkehrsbauten, die Umänderung bestehender Verkehrsbauten, keine mit Hand geschalteten Kreuzungen und ein einheitlicher Schaltplan mit mehreren Phasen. Die Fußgänger sind allerdings von der Grünen Welle weniger begeistert. Unterführungen wären da die besten Lösungen.

Für die Sicherheit des Fußgängers auf den Schutzwegen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, daß die Fußgängerampel früher erlischt als die Hauptsignalampel. Sehr zweckmäßig ist auch der Vorschlag des ÖAMTC, oberhalb der Schutzwege in der Querrichtung Leuchtkörper anzubringen, sodaß der Kraftfahrer schon von weitem die Möglichkeit hat, die Symbole zu sehen. Zum Schutz der Schulkinder könnte die in England versuchte Lösung als Beispiel dienen. Dort wurde ein Lotsendienst durch Erwachsene eingeführt, wobei sich der Lotse, sobald eine Gruppe von Kindern vor dem Schulgebäude beisammen ist, einer Stopptafel auf der Fahrbahn aufstellt. Sicher würden sich hierzu ~~persönliche~~ persönliche Polizeibeamte, Straßenbahner oder Bahnbeamte bereitfinden, nur dürfte man mit der Entlohnung nicht zu kleinlich sein.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen und gemäß der Genfer Konvention sind wir leider genötigt, eine entsprechende Zahl von Verkehrsschildern aufzustellen. Dennoch sollte man unter Beachtung dieser Bestimmungen und unter Berücksichtigung psychologischer Erwägungen ein Abholzprogramm für den Schilderwald ausarbeiten. Die Hinweistafeln an den Ortsausfahrten sollten statt mit Ortsnamen, die dem ausländischen Kraftfahrer wenig sagen, mit den in den internationalen Autokarten angeführten Nummern versehen und nach Möglichkeit oberhalb der Fahrbahn angebracht werden.

GR. Bolaffio bringt einen Antrag ein, die zuständigen Dienststellen mögen ihre in verkehrstechnischer und verkehrsrechtlicher Hinsicht gemachten Erfahrungen dem Handelsministerium übermitteln, damit bei einer Novellierung der Straßenverkehrsordnung Verbesserungsvorschläge berücksichtigt werden können. Er stellt schließlich mit Freude fest, daß die finanziellen Voraussetzungen zum Ausbau der technischen Verkehrseinrichtungen im Ansatz für 1963 um 2,7 Millionen höher sind als im laufenden Jahr, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine weitere positive Entwicklung zur Lösung der Verkehrsprobleme möglich sein wird.

GR. Ing. Lust (ÖVP) bemängelt, daß die mit dem öffentlichen und privaten Baugeschehen unserer Stadt betrauten Abteilungen der Stadtverwaltung mit Akademikern stark unterbesetzt sind, und gibt zu bedenken, daß der ganze Apparat der Baupolizei einmal ins Stocken geraten könnte. In einem Antrag spricht sich GR. Lust für eine Verbesserung des Dienstpostenplanes für Bautechniker und bessere Aufstiegsmöglichkeiten aus. Dadurch wäre es möglich, den katastrophalen Mangel an Technikern mit akademischer Bildung bei den einschlägigen Abteilungen und der Polizei zu beheben.

Gewisse Teile unserer Bauordnung, so führt der Redner weiter aus, sind veraltet und entsprechen nicht mehr dem Stand der technischen Wissenschaften. Da aber an eine Neufassung der Wiener Bauordnung in absehbarer Zeit nicht zu denken ist, ist möglichst rasch eine Novellierung bzw. Ergänzung der Bauordnung anzustreben. Auch das Garagengesetz bedarf einer völligen Neufassung.

Der Appell des Stadtrates zur Unterstützung gegen das wilde Bauen, muß restlose Unterstützung finden. Der Bürgermeister müße ersucht werden, die seit Jahren beantragten Vollstreckungen der Abtragungsaufträge durchführen zu lassen. Die Steuer-gelder seien nicht dazu da, auch in Zukunft zur Sanierung von wilden Siedlungen verwendet zu werden. Mit dem wilden Bauen und Siedeln muß endlich Schluß gemacht werden. Hier hat die Gemeindeverwaltung als ordnende Macht bis zur letzten Konsequenz einzugreifen, soll sie ihr Gesicht nicht verlieren.

(GR. Mayr, SPÖ: Und die Baumeister dürfen weiterbauen?) Für sie gilt daselbe. Ein verstärkter motorisierter Einsatz der Baupolizei, speziell am Wochenende, würde das wilde Bauen und Siedeln, besonders im Wald- und Wiesengürtel, wirksam unterbinden.

Die mit der forstlichen Betreuung des Wald- und Wiesengürtels betraute Magistratsabteilung leistet mustergültige Arbeit. Dies ist umso bedeutsamer, als die Funktion des Waldes sehr mannigfach ist. Die Festhaltefähigkeit von Staub soll pro Hektar Waldbestand zwischen 30 und 40 Tonnen liegen. Sauerstoff und Kohlenstoff weisen einen Kreislauf auf, in den der Wald regulierend eingreift, wobei er Gase absorbiert. Die Erhaltung des Waldes ist eine Verpflichtung gegenüber der Nachwelt und für unsere eigene Gesundheit. Deshalb ist es Aufgabe der Gemeindeverwaltung, nicht nur für seine Erhaltung zu sorgen, sondern den Wald- und Wiesengürtel durch Grundankäufe zu vergrößern und jeden Eingriff in ihn zu verhindern.

Schließlich spricht sich Ing. Lust dafür aus, jene Magistratsabteilungen, die ordnende Aufgaben haben, und jene die mit der Baudurchführung beauftragt sind, in zwei Geschäftsgruppen einzugliedern, um alle Verdächtigungen aus der Welt zu schaffen, daß sich die Gemeindeverwaltung bei ihren Bauvorhaben günstigere Bedingungen gewährt, als anderen Bauwerkern. Die ÖVP wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Binder (SPÖ) nimmt zum Verlangen des GR. Dr. Ing. Hengl betreffend Erhöhung der Friedhofsgärtnergebühren Stellung. Er stellt fest, daß sich die Gemeindeverwaltung mit dem Problem beschäftigt hat, aber dem Appell der Bundesregierung entsprechend von einer Preiserhöhung absah.

Selbst die geringsfügigste Erhöhung wäre wahrscheinlich von der Presse groß aufgemacht worden, wie es zum Beispiel der Fall war, als man eine Regelung bei der Ausschmückung der Urnengräber beschloß. Dabei handelte es sich damals um keine Preiserhöhung, sondern nur um eine Vereinheitlichung der Gebühren.

Auf dem Sektor der Verkehrsregelung sei es erfreulich, daß man von der manuellen Regelung zu einer automatischen übergehen konnte. Natürlich muß jede automatische Regelung erst einige Zeit in Betrieb sein, um sie zu erproben. Nach den gemachten Erfahrungen werden dann ihre Phasen eingestellt. Auf der Mariahilfer Straße erweist sich die Ampel bei der Kirchengasse als ungünstig, weil durch sie der Verkehr stadtauswärts **zerstückelt** wird. Bedauerlich und gefährlich sei das Verhalten vieler Fußgänger, die sich in den verkehrsreichsten Straßen oft zwischen den Autokolonnen durchschlängeln. Der Redner ersucht sie in ihrem eigenen Interesse um mehr Disziplin.

GR. Binder kommt sodann auf die Rede des Ministers Bock bei einer Tagung des Touring-Clubs zu sprechen. Der Minister bemängelte dort die Wiener Verkehrsregelung und meinte u.a., daß die Phasen bei der automatischen Regelung nicht stimmen. Der Redner stellt fest, daß er diese Kritik nicht zur Kenntnis nehmen will, sei sich doch gerade der Handelsminister seiner Verpflichtungen auf dem Verkehrssektor gegenüber Wien nicht bewußt. (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Lakowitsch nimmt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen der Debatteredner Stellung. Bezüglich der Schutzstreifen mangelt es leider an der Disziplin der Fußgeher. Die Überquerung der Ringstraße zwischen Rathaus und Burgtheater wird im kommenden Jahr durch die Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage geregelt. Bei derartigen Vorhaben muß man jedoch immer das Problem lösen, wie man solche Vorhaben durchführen kann, ohne das Stadtbild zu stören.

Die Anregung, vor den Verkehrssignalen Baken aufzustellen, würde nur zur Vermehrung des Schilderwaldes beitragen. Die Herstellung von Gehsteigen falle in das Ressort von Stadtrat Heller.

Die Errichtung von Gehsteigen in den weniger verbauten Gebieten würde sicherlich zur Hebung der Verkehrssicherheit beitragen. Für diese Angelegenheit sei jedoch das Ressort des Stadtrates Heller zuständig (Zwischenruf Stadtrat Heller: Und die Privaten auch!).

Hinsichtlich der Schaffung eines Erholungsgebietes besteht ein Planungsausschuß zwischen Wien und Niederösterreich. Es wurden auch bereits einige Grundstücke, die in Niederösterreich liegen, für die Stadt Wien erworben.

Auf dem Gebiete der Aufforstung geschehe alles nötige. Verhandlungen mit den Grundeigentümern, in deren Interesse eine Aufforstung ja gleichfalls liege, seien im Gange.

Zum wilden Bauen: Es gibt Objekte, die bereits seit Jahrzehnten bestehen und deren Besitzer für ihre Errichtung viel Mühe und Geld aufgewendet haben. Man beabsichtigt, diese Objekte nicht abzureißen, bei irgendwelchen Zubauten oder Umbauten jedoch sofort einzuschreiten.

GR. Hausner hat über die Bestimmung im Mietengesetz gesprochen, nach der es möglich ist ein Haus abzutragen, wenn man an seiner Stelle einen Neubau mit mehr Wohnungen errichtet. Die Stadt Wien habe keine Möglichkeit, derartige Bauten durch Verweigerung der Abbruch- und Baubewilligung zu verhindern.

Ersatzvornahmen lassen mitunter auf sich warten. Das liege nicht an der Bereitstellung der notwendigen Mittel, sondern daran, daß manche den ganzen Instanzenzug ausschöpfen und die Dinge sich daher in die Länge ziehen.

Auf dem Friedhofssektor wird ein Generalkonzept geschaffen werden, das die Auflassung, Vergrößerung, bzw. Neuerrichtung von Friedhöfen beinhalten wird. Die Wünsche der Bevölkerung werden selbstverständlich entsprechend berücksichtigt. Die Ausgestaltung der Gräber erfolgt nach der Friedhofsordnung. Für die Erweiterungsteile sind bereits Vorschriften hinsichtlich der Höhe der Grabsteine usw. in Kraft.

Eine Ersatzvornahme bei den Häusern in der Sterngasse war nicht möglich, da die beiden Häuser vollständig geräumt waren.

Daß Bauverhandlungen nicht immer zeitgerecht angesetzt werden hat seine Ursache darin, daß die Zahl der Ansuchen um Baubewilligung ungeheuer groß ist.

Hinsichtlich des Wald- und Wiesengürtels ist zu sagen, daß dort nur jene Objekte errichtet werden dürfen, die entweder der landwirtschaftlichen Nutzung dienen oder solche für den Ausflugsverkehr.

Die Fertigstellung des Stadtplanes macht große Fortschritte. GR. Nessel stünde es frei in die Arbeit der zuständigen Abteilung Einblick zu nehmen.

Das Aufhängen der Neonröhren erfolgte in vielen Straßenzügen in Längsrichtung. Diese Art erfordert jedoch bedeutend höhere Kosten, da mehr Spanndrähte notwendig sind. Eine Abblendung der Leuchtstoffröhren würde die gute Ausleuchtung wesentlich beeinträchtigen. Natriumdampflampen bewähren sich sehr gut, werden aber in den meisten Fällen nur am Rande von Wien verwendet, da sie die Farben stark verändern und für Geschäftsstraßen mit Auslagen daher nicht geeignet sind.

Stadtrat Lakowitsch bezeichnet die Frage der automatisch geregelten Kreuzungen als ein altes Problem, das noch nirgends befriedigend gelöst worden ist. Das gilt auch für die Vorrechte der Einsatzwagen im Straßenverkehr. Er erinnert daran, daß sich vor einem Jahr anlässlich eines Kongresses für Unfallverhütung in Wien drei Redner mit der Frage der raschen Durchschleusung von Rettungswagen beschäftigt haben. Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, daß es nicht sosehr auf einen raschen Transport des Verunglückten ins Krankenhaus ankomme, sondern vor allem auf die erste ärztliche Behandlung am Unfallsort. Zur Frage der Kennzeichnung von Vorrangstraßen hoffe er, daß eine baldige Lösung gefunden wird.

Die Aufforstungspläne für den 22. Bezirk sind fertiggestellt.

Was die vorgebrachten Bemerkungen über die Friedhofsaufösungen betrifft, erklärt der Stadtrat, daß vom Auflösungsbeschluß bis zur tatsächlichen Schließung eine sehr lange Zeitspanne liegt.

Er gibt dann einige Zahlen zur Anfrage über die durch die Baupolizei geräumten oder gesperrten Wohnungen bekannt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden von der Magistratsabteilung 36 - 151, von der Magistratsabteilung 37 - 108 Wohnungen gesperrt.

Was die Belästigung der Bevölkerung durch die öffentliche Beleuchtung betrifft, ist auch er der Meinung, daß hier Abhilfe geschaffen werden müßte. Vielfach ist das auch geschehen, vor allem, wo kranke Menschen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Über die unterschiedliche Beleuchtungsstärke in manchen Straßen sei er der Ansicht, daß eine befriedigende Lösung nicht so leicht gefunden werden könne.

Wenn GR. Windisch in seiner Debattenrede festgestellt hat, daß es für eine Gondelbahn noch kein Projekt gebe, sagt Stadtrat Lakowitsch, könne er dieser Behauptung nicht so ohne weiteres Glauben schenken. Er verweist darauf, daß bereits konkret über ein Vorprojekt gesprochen wurde, in dem auch nähere Erläuterungen, wie etwa über die Gondelzahl oder die Beschaffenheit der Pfeiler, enthalten sind. Er glaube daher, daß irgend ein Projekt doch vorhanden sein müsse.

Zur Anfrage der Verkehrsregelungen im 10. Bezirk, die von GR. Fucik urgiert wurden, gibt er bekannt, daß für die Kreuzung Triester Straße-Gudrunstraße eine Verkehrslichtsignalanlage vorgesehen ist und daß sie im kommenden Jahr auch gebaut wird.

Die Grüne Welle, die von GR. Bolaffio erörtert wurde, ist eine Angelegenheit, die mit dem Straßenbauprogramm zusammenhängt. Das Phasenproblem zu lösen, erklärt er, wird in Wien schon seit langem versucht. Ein Ergebnis ist die Fernschüberwachungsstelle in der Roßauer Kaserne, die später einmal bis zu 300 Kreuzungen regeln wird können. Die Grün-Rot-Signale für Fußgänger haben sich gut bewährt. Sie können aber dennoch den Fußgänger nicht schützen, wenn er vorschriftswidrig neben den markierten Übergängen die Fahrbahnen zu überqueren versucht. Er stellt mit Befriedigung fest, daß sich Schulkinder im Straßenverkehr bewundernswert gut verhalten. Zur Frage der Schaffung von Lotsen, meint er, es fehlen hierfür vor allem ausreichende rechtliche Grundlagen. Das Problem liegt darin, wer bei Unfällen die Verantwortung tragen soll. Die Anträge der Gemeinderäte Bolaffio und Lust empfiehlt er den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zuzuweisen.

Das Garagengesetz bezeichnet er als nicht mehr der jetzigen Zeit entsprechend und empfiehlt es daher einer baldigen Neufassung.

Die Geschäftseinteilung des Wiener Magistrates wäre tatsächlich ein sehr weites Feld für eine bessere Ordnung und für Vereinfachungen; deswegen brauchen die "machtpolitischen" Verhältnisse nicht geändert zu werden.

Zu GR. Binder: Jeder, der die Lenkerprüfung abgelegt hat, betrachtet sich schon als Verkehrsfachmann. Davon scheinen auch Minister nicht ausgenommen zu sein. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend ersucht der Referent nochmals, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe zuzustimmen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des siebenten Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Die Anträge der ÖVP werden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Beratungen werden Montag, den 17. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, fortgesetzt. Referent Stadtrat Koci (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -